

Informationen
zum Umgang mit Ihren Daten
für das Beschwerdemanagement-
Tool im Rahmen einer Be-
nachrichtigung nach
Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz
(LkSG)

Datenschutzerklärung gemäß Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) für das Beschwerdemanagement-Tool im Rahmen einer Benachrichtigung nach Lieferketten- sorgfaltspflichtengesetz (LkSG)

Sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr,

mit dieser Information möchten wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen einer Benachrichtigung nach LkGS in Kenntnis setzen und über Ihre Rechte aufklären.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Universitätsklinikum Würzburg
Anstalt des öffentlichen Rechts
Josef-Schneider-Straße 2
97080 Würzburg
E-Mail: info@ukw.de
Telefon: 0931 201-0

2. Datenschutzbeauftragter

Universitätsklinikum Würzburg
Datenschutzbeauftragter
Josef-Schneider-Straße 2
97080 Würzburg
E-Mail: datenschutz@ukw.de

Zur Nutzung von E-Mail: E-Mail ist grundsätzlich unsicher. Nachrichten mit schützenswertem Inhalt sollten Sie daher möglichst auf konventionellem Postweg übermitteln.

Zur Kommunikation mit dem Datenschutzbeauftragten stellen wir Ihnen gerne eine individuelle, sichere elektronische Übertragungsmöglichkeit zur Verfügung. Bitte schicken Sie dazu eine E-Mail an datenschutz@ukw.de.

3. Bereitstellung des Beschwerdemanagement-Tools

a. Umfang der Datenverarbeitung

Bei jedem Aufruf des Beschwerdemanagement-Tools erfasst das System automatisiert folgende Daten und Informationen vom Computersystem des aufrufenden Rechners:

1. Teilanonymisierte IP-Adresse
2. Gerät
3. Betriebssystem
4. Internetbrowser
5. Verweis- und Ausstiegsseiten
6. Datum-/Zeitstempel

Die Daten werden ebenfalls in den Logfiles des Systems auf Servern in der EU gespeichert. Eine Auswertung der Daten oder eine Speicherung dieser Daten zusammen mit anderen personenbezogenen Daten der Nutzenden finden in diesem Zusammenhang nicht statt.

Teilanonymisierung bedeutet, dass die IP-Adressen beim Aufruf der Seite zwar erhoben werden, jedoch lediglich auf Ebene des Proxy-Servers zur Gewährleistung der Systemsicherheit und eine Zuordnung zu einzelnen Nutzern des Beschwerdemanagement-Tools des Verantwortlichen nicht erfolgt. Die IP-Adressen werden in den Systemen der osapiens Services GmbH („osapiens“), Julius-Hatry-Straße 1, 68163 Mannheim, gespeichert und nicht an den Verantwortlichen weitergegeben.

Eine Zuordnung dieser IP-Adressen zu konkreten Nutzern ist auch osapiens nicht ohne weiteres möglich und wird nur dann vorgenommen, wenn eine missbräuchliche Nutzung des Beschwerdemanagement-Tools, etwa in Form eines Cyber-Angriffs, im Raum steht und nachvollzogen werden muss, von welcher IP-Adresse diese missbräuchliche Nutzung ausging.

Unser Tool verwendet zudem ausschließlich technisch notwendige Cookies. Die durch technisch notwendige Cookies erhobenen Nutzerdaten werden nicht zur Erstellung von Nutzerprofilen verwendet.

Folgende Cookies werden eingesetzt:

Name	Anbieter	Zweck	Ablauf	Typ
SESSION	Osapiens	Funktionalität der Website	Nach 5 Tagen	Technisch notwendig

b. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Die Daten und Informationen vom Computersystem des aufrufenden Rechners werden in den Logfiles des Systems gespeichert, um die Funktionsfähigkeit des Tools und die Sicherheit unserer informationstechnischen Systeme sicherzustellen. Rechtsgrundlage für die Erhebung der Daten und ihre vorübergehende Speicherung in Logfiles ist Art. 6 Abs. 1 Buchst. f DSGVO. Der Zugriff auf die o.g. Informationen durch das System ist notwendig, um eine Auslieferung des Tools an die Rechner der Nutzenden zu ermöglichen. In diesen Zwecken liegt auch unser berechtigtes Interesse an der Datenverarbeitung nach Art. 6 Abs. 1 Buchst. f DSGVO.

Die Cookies werden verwendet, um das Tool nutzbar zu machen, da es ohne diese Cookies nicht richtig funktionieren kann. In diesen Zwecken liegt auch unser erforderliches berechtigtes Interesse an der Verarbeitung der personenbezogenen Daten auf der Grundlage des Art. 6 Abs. 1 Buchst. f DSGVO.

c. Speicherdauer

Die Informationen vom Computersystem des aufrufenden Rechners werden gelöscht, sobald sie für die Erreichung des Zweckes ihrer Erhebung nicht mehr erforderlich sind. Im Falle der Speicherung der Daten in Logfiles ist dies nach spätestens 14 Tagen der Fall. Die Cookies werden nach Ablauf von 5 Tagen gelöscht.

4. Beschwerdeführer-Account

a. Umfang der Datenverarbeitung

Innerhalb des Tools besteht die Möglichkeit für Nutzende, sich freiwillig einen Beschwerdeführer-Account anzulegen, um so Beschwerden übersichtlich platzieren und verwalten zu können. Dies ist keine Voraussetzung für die Einreichung einer Beschwerde.

Wird kein Account angelegt, werden beim Einreichen einer Beschwerde ausschließlich die unter Ziffer 3a) beschriebenen personenbeziehbaren Daten unter den dort dargestellten Bedingungen erhoben.

Im Zuge der Erstellung dieses Accounts wird zumindest ein vom Nutzenden selbst zu vergebendes Passwort sowie ein zu wählendes Pseudonym benötigt. Optional und auf freiwilliger Basis können die Nutzenden ihren Vor- und Nachnamen angeben und auch eine E-Mail-Adresse hinterlegen, falls Sie auf diesem Wege über Neuigkeiten im Zusammenhang mit der Bearbeitung ihrer Beschwerde erhalten wollen.

b. Zweck und Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Zweck der Datenverarbeitung im Rahmen des Beschwerdeführer-Accounts ist die übersichtliche Platzierung und Verwaltung von Beschwerden. Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der im Zuge der Account-Erstellung verarbeiteten personenbezogenen Daten ist die Einwilligung der Nutzenden gem. Art. 6 Abs. 1 Buchst. a DSGVO. Diese Einwilligung kann jederzeit ohne eine Angabe von Gründen und ohne, dass den Nutzenden dadurch Nachteile entstehen, widerrufen werden. Auf dieser Grundlage werden dann keine personenbezogenen Daten mehr verarbeitet. Die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung bis zum Widerruf wird durch diesen nicht berührt.

c. Speicherdauer

Die personenbezogenen Daten der Nutzenden, welche im Zuge der Erstellung des Beschwerdeführer-Accounts erhoben wurden, werden so lange gespeichert, bis die Nutzenden sich dazu entschließen, den bestehenden Account zu löschen, worin zugleich der Widerruf der Einwilligung zu sehen ist. In diesem Zuge werden die Daten bezogen auf den Account umgehend gelöscht. Alle personenbezogenen Daten werden nach dem sogenannten „Need-to-Know“ Prinzip behandelt und so früh wie möglich, aber spätestens nach sieben Jahren gem. § 10 Abs. 1 S. 1 LkSG nach Abschluss des Verfahrens anonymisiert bzw. gelöscht. Eine Aufbewahrung kann in Ausnahmefällen länger erfolgen, um gesetzliche Anforderungen zu erfüllen, solange dies erforderlich und verhältnismäßig ist, beispielsweise bei aus der Beschwerde erwachsenden straf-, dienst-, oder arbeitsrechtlichen Verfahren. Auf die Speicherung von Daten, welche ggf. im Zuge von Beschwerden bereits an uns gesandt wurden, hat dies jedoch keine Auswirkungen.

5. Datenverarbeitung im Zusammenhang mit der Beschwerde

a. Umfang der Datenverarbeitung

Im Rahmen der Eingabe und Bearbeitung von Meldungen im Beschwerdemanagement-Tool verarbeiten wir sämtliche Daten, welche uns dort im Rahmen solcher Meldungen zur Verfügung gestellt werden. Insbesondere können hier folgende Daten betroffen sein:

1. Informationen zur persönlichen Identifizierung der berichtenden Person (z.B. Name, Anschrift, Kontaktdaten, Geschlecht, ggfs. auch Bildaufnahmen oder Stimme),
2. Beschäftigteneigenschaft bzw. andere Beziehung, in welcher die berichtende Person zu unserem Unternehmen steht,
3. Informationen über Sachverhalte im Rahmen der Benachrichtigung nach LkSG, die ggf. Rückschlüsse auf eine natürliche Person erlauben

b. Zweck und Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Wir verarbeiten diese Daten zum Zwecke der Untersuchung von Meldungen, um Verletzungen von Menschenrechten oder umweltbezogene Pflichten nach LkSG aufzuklären. Zudem können Folgemaßnahmen (wie Maßnahmen zur Prüfung der Stichhaltigkeit der in der Meldung erhobenen Behauptungen und gegebenenfalls zum Vorgehen gegen den gemeldeten Verstoß, unter anderem durch interne Nachforschungen, Ermittlungen, Strafverfolgungsmaßnahmen, Maßnahmen zur (Wieder-)Einziehung von Mitteln oder Abschluss des Verfahrens) ergriffen werden. Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt aufgrund folgender Rechtsgrundlagen:

1. Informationen zur Identität der berichtenden Person verarbeiten wir nur, soweit uns die berichtende Person dazu ihre Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchst. a DSGVO gegeben hat, indem sie uns diese Daten von sich aus zur Verfügung gestellt hat.
2. Informationen zur Beschäftigteneigenschaft sowie sonstige Informationen, die Rückschlüsse auf natürliche Personen zulassen, verarbeiten wir auf der Grundlage des Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchst. c DSGVO bzw. Art. 9 Abs. 2 Buchst. j DSGVO i.V.m. § 8 Abs. 1 LkSG bzw. Art. 6 Abs. 1 Buchst. f DSGVO. Unser hierfür erforderliches berechtigtes Interesse besteht – je nach zu prüfenden konkreten Einzelfall – in der Bearbeitung von Meldungen, um Folgemaßnahmen durchführen zu können, wie Maßnahmen zur Prüfung der Stichhaltigkeit der in der Meldung erhobenen Behauptungen und gegebenenfalls zum Vorgehen gegen den gemeldeten Verstoß, unter anderem durch interne Nachforschungen, Ermittlungen, Strafverfolgungsmaßnahmen, Maßnahmen zur (Wieder-)Einziehung von Mitteln oder Abschluss des Verfahrens. Ob Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person einer solchen Datenverarbeitung entgegenstehen, wird im Einzelfall – unter anderem auch mit Blick auf den Verstoß – geprüft.

c. Quelle der Daten

Ihre o.a. Daten stammen entweder

- a) direkt von Ihnen, falls Sie die berichtende Person sind, oder
- b) aus dem Inhalt einer Benachrichtigung, falls Sie eine anderweitig genannte Person sind.

d. Speicherdauer

Die personenbezogenen Daten werden in der Regel so lange gespeichert, bis die Folgemaßnahmen, welche aus der Meldung ggf. resultieren, abgeschlossen sind. Je nachdem, gegen welchen Sachverhalt sich die Meldung wendet, können zusätzliche Spezialgesetze anwendbar sein, welche möglicherweise darüberhinausgehende Aufbewahrungspflichten enthalten. Alle personenbezogenen Daten werden nach dem sogenannten „Need-to-Know“ Prinzip behandelt und so früh wie möglich, aber spätestens nach sieben Jahren

gem. § 10 Abs. 1 S. 2 LkSG nach Abschluss des Verfahrens anonymisiert bzw. gelöscht. Eine Aufbewahrung kann in Ausnahmefällen länger erfolgen, um gesetzliche Anforderungen zu erfüllen, solange dies erforderlich und verhältnismäßig ist, beispielsweise bei aus der Beschwerde erwachsenden straf-, dienst-, oder arbeitsrechtlichen Verfahren.

6. Empfänger personenbezogener Daten

Alle personenbezogenen Daten im Kontext dieser Verarbeitung werden innerhalb des UKW grundsätzlich nur von dem jeweils zuständigen Sachbearbeiter und der für die Zuteilung der Hinweise zuständigen Person verarbeitet. Dabei werden Ihre personenbezogenen Daten vertraulich behandelt.

a. Daten im Zusammenhang mit dem Beschwerdemanagement-Tool

Für die Bereitstellung des Beschwerdemanagement-Tools arbeiten wir mit der osapiens Services GmbH („osapiens“), Julius-Hatry-Straße 1, 68163 Mannheim, zusammen. Diese hat das Beschwerdemanagement-Tool entwickelt und hostet es für uns. Daher kann osapiens von den in dieser Datenschutzerklärung beschriebenen personenbezogenen Daten Kenntnis nehmen.

osapiens ist als Auftragsverarbeiter für uns tätig. Ein gemäß Art. 28 Abs. 3 DSGVO erforderlicher Auftragsverarbeitungsvertrag wurde abgeschlossen. Darin wurde osapiens zur Vertraulichkeit verpflichtet und auch dazu, diejenigen personenbezogenen Daten, welche unter unserer datenschutzrechtlichen Verantwortlichkeit bei der Nutzung des Beschwerdemanagement-Tools anfallen, nur gemäß unseren Weisungen zu verarbeiten.

b. Daten aus der Beschwerde

Eine Übermittlung der personenbezogenen Daten an Dritte findet grundsätzlich nur statt, wenn dafür eine Rechtsgrundlage vorliegt. Dies ist insbesondere der Fall, wenn die Übermittlung der Erfüllung gesetzlicher Vorgaben, nach denen wir zur Auskunft, Meldung oder Weitergabe von Daten verpflichtet sind, dient, Sie uns Ihre Einwilligung dazu erteilt haben oder eine Interessenabwägung dies rechtfertigt.

Eine solche Interessenabwägung wird z.B. dann erforderlich, wenn eine in einem Hinweis genannte Person Auskunft gem. Art. 15 DSGVO über ihre bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten verlangt, einschließlich Informationen über die Quelle, aus welcher wir diese Daten erhoben haben. An dieser Stelle muss das Interesse der betroffenen Person an der Erteilung dieser Informationen und das Interesse eines Hinweisgebers an Anonymität gegeneinander abgewogen werden.

Das Interesse der betroffenen Person überwiegt in der Regel dann, wenn der Hinweisgeber vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtige Informationen über Verstöße meldet.

Je nach Zuständigkeitsschwerpunkt der Meldung sowie zur effektiven Einleitung von Folgemaßnahmen werden die personenbezogenen Daten gegebenenfalls an unsere entsprechend zuständigen Fachabteilungen weitergegeben. Unter Umständen geben wir die personenbezogenen Daten auch an staatliche Gefahrenabwehr- und/oder Strafverfolgungsbehörden, sonstige zuständige Behörden und/oder zur Verschwiegenheit verpflichtete Personen, wie etwa an Wirtschaftsprüfer/Rechtsanwälte, weiter.

7. Keine Pflicht zur Bereitstellung

Es besteht keine gesetzliche oder vertragliche Verpflichtung für Nutzende, uns personenbezogene Daten über dieses Tool bereitzustellen, da eine Beschwerde oder eine Meldung eines Vorfalls auf freiwilliger Basis erfolgt. Wenn eine Beschwerde nur bei Preisgabe Ihrer personenbezogenen Daten erfolgen kann, hat eine Nichtbereitstellung Ihrer Daten zur Folge, dass der Verstoß nicht oder nur unzureichend verfolgt werden kann.

Wir weisen jedoch darauf hin, dass die unter Ziffer 3a) beschriebenen personenbezogenen Daten erhoben werden, sobald das Tool aus dem Internet heraus aufgerufen wird, da nur so eine Auslieferung der Seite überhaupt möglich ist.

8. Betroffenenrechte

Sie haben im Grundsatz das Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO). Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen können Sie die Löschung personenbezogener Daten (Art. 17 DSGVO), die Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO) oder die Datenübertragung (Art. 20 DSGVO) verlangen. Einschränkungen und Modifikationen der vorgenannten Rechte können sich z.B. aus Art. 9 und 10 BayDSG ergeben. Sollten Sie diese Rechte gegenüber dem UKW geltend machen, wird das UKW prüfen, ob die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Soweit die Verarbeitung Ihrer Daten auf Ihrer Einwilligung beruht, die Sie dem UKW gegenüber erklärt haben, steht Ihnen das Recht zu, Ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Einer Angabe von Gründen bedarf es dafür nicht. Ihr Widerruf gilt allerdings erst ab dem Zeitpunkt, zu dem Sie diesen aussprechen. Er hat keine Rückwirkung. Die Verarbeitung Ihrer Daten bis zu diesem Zeitpunkt bleibt rechtmäßig.

Zur Geltendmachung der genannten Rechte nutzen Sie bitte das Formular, das unter folgender Adresse im Internet abrufbar ist: www.ukw.de/recht/datenschutz. Unbeschadet dessen können Sie sich mit allen Anliegen rund um Ihre Daten an den Datenschutzbeauftragten des UKW (siehe unter 1.) wenden, selbstverständlich auch mit einer Beschwerde über Datenschutzverstöße.

Zudem haben Sie das Recht auf Beschwerde bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer Daten datenschutzrechtlich nicht zulässig

ist. Für das UKW zuständig ist der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz,
Postfach 22 12 19, 80502 München.